

Per mutuuum colloquium et consolationem fratrum –
 durch gegenseitiges Unterreden und Trösten der Brüder“
 Schmalkaldische Artikel III,4

Friedensgebete, Demonstrationen und Runder Tisch 1989/90 in Gotha

1. Prolog

„Wir stehen unter ungeheurem Druck. Wir haben diskutiert, wie bringen wir die Partei aus der Talsohle heraus, wie mobilisieren wir die progressiven Kräfte.....

Im Rat hat jeder selbstkritisch sich eingeschätzt, und einige Genossen haben geweint.....

Wir haben keine klare Konzeption, keinen Standpunkt des Sekretariats geäußert, wo sich der progressive Kern der Kreisparteiorganisation - und der ist vorhanden - sich daran hätte aufrichten können.....

Was wollen wir, halten wir dem Druck stand, oder nicht? Ich vermag das nicht zu entscheiden. Geben wir die Macht in die Hände der Drecksäcke, die uns beschimpft haben? Haben wir die Macht oder nicht?.....

Es ist doch klar, wenn wir zur Entscheidung kommen und zu Konsequenzen, kann nicht entscheidend sein, was auf diesen sogenannten Dialogveranstaltungen, was im Grunde genommen Tribunale sind, gesagt wird...

Angriffe gegen die führende Rolle, Angriffe gegen die Staatsmacht, gegen die Sicherheitsorgane, gegen die Staatssicherheit, negiert wird auch alles, was wir in den 40 Jahren aufgebaut haben...

Ohne dass wir alles auflisten - da hört uns keiner zu - müssen wir in der kleinsten Zelle anfangen und ihnen sagen, was bedeutet das alles, was wir bisher geschaffen haben.

Wenn solche Dinge gefordert werden, wie Aufgabe der führenden Rolle, Abschaffung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, Abschaffung der Betriebsparteiorganisationen, können wir nicht sagen, dass wir das prüfen, sondern müssen sagen, dass wir das nicht zulassen. Dafür bekommt man kein Lob.....

Die Situation in der Republik ist so, dass wir alles tun müssen, damit kein Schuss fällt. Das würde bedeuten: Ausnahmezustand. Wir haben betont, dass wir dafür sind, eine Wende herbeizuführen....

Wir wissen nicht, ob das, was wir heute sagen, morgen noch richtig ist.“¹

2. Die innenpolitische Situation in der DDR im Frühjahr und Sommer 1989 und ihre Auswirkungen im Stadt- und Landkreis Gotha

Die Ausschnitte aus dem geheimen Protokoll einer Sitzung der SED – Kreisleitung Gotha, die am 6.11.1989 stattfand, geben in erschütternder Weise die Stimmung in der Partei- und Staatsführung vor Ort und im Bezirk Erfurt wider. Neun Tage nach der über vierstündigen Protestkundgebung auf dem Hauptmarkt in Gotha tritt als erster leitender Funktionär der Kreissekretär der SED, Horst Reuter, zurück. Die Stimmung der führenden Genossen auf Kreis- und Bezirksebene, die an diesem Tag in Gotha zusammensitzen, ist von Wut, Angst, Ratlosigkeit und Verzweiflung geprägt. Eines verbindet sie ungewollt und unbewusst mit den

¹ Aus dem Protokoll der Sekretariatssitzung der SED – Kreisleitung Gotha über den Rücktritt des 1. Sekretärs (6.November 1989). Der vollständige Wortlaut des Protokolls, die Aufzeichnungen der Volkspolizei und des Staatssicherheitsdienstes sowie die internen Stellungnahmen der Ratsmitglieder sind zu finden in „Davan hängt unsere Zukunft ab“ – Die große Demonstration auf dem Gothaer Hauptmarkt am 29.Oktober 1989, eine Dokumentation von Eckardt Hoffmann und Reinhard Kratochwil, herausgegeben vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen der ehemaligen DDR, Erfurt, Dezember 2002.

verantwortlichen Organisatoren der Bürgerbewegung: Es muss alles getan werden, dass kein Schuss fällt.

Was hat dazu geführt, dass es in Gotha als einer der ersten Kreisstädte im Bezirk Erfurt am 27. Oktober 1989 zu einer Demonstration mit über 5000 Teilnehmern kommt und sich am 29. Oktober 1989 über 20000 Demonstranten auf dem Hauptmarkt zu einer gewaltigen Protestkundgebung versammeln?

Ende des Jahres 1988 zeichnet sich die wirtschaftliche und politische Krise der DDR immer deutlicher ab. Die kritische Versorgungslage schürt die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Starrköpfigkeit der führenden Vertreter von Partei und Regierung angesichts der Reformbemühungen von M. Gorbatschow in der Sowjetunion verstärkt den Wunsch nach Veränderungen auch in der DDR und führen zu einem dramatischen Anstieg der Ausreiseanträge. Der Druck von Polizei und Staatssicherheit auf „oppositionelle Gruppen“ wird immer spürbarer. Die verschiedensten Gruppierungen üben offene Kritik an den Verhältnissen: Liedermacher, Friedensgruppen, ökologisch Engagierte, die kirchliche Jugendarbeit.

Im Frühjahr 1988 findet in Gotha eine Jugendversammlung statt, die dem Kirchentag in Erfurt vorgeschaltet ist. Unter dem Thema „Umkehr führt weiter“ hält der Erfurter Propst Heino Falcke das Hauptreferat. Bezeichnend für die Situation ist ein Vorfall, von dem Pfarrer Christhard Wagner als Verantwortlicher für die Vorbereitung des Treffens berichtet. Die Teilnehmer tragen eine Plakette, von Pfarrer Wieland Hartmann gestaltet. Sie zeigt ein kleines Männchen, auf einer ausgestreckten Hand sitzend. Deren ausgestreckter Zeigefinger zeigt nach links, das Männchen läuft aber in die Gegenrichtung, nach Meinung der Genehmigungsbehörden Richtung Westen. Die Plakette wird als missverständlich ausgelegt und das Tragen außerhalb des Augustinerklosters verboten. Wie groß die Anteilnahme der Staatsorgane an dem Treffen ist, erfahren wir im Herbst 1989: In den gegenüber dem Gemeindehaus liegenden Plattenbauten mussten Keller ausgeräumt werden, um Platz für die Staatssicherheitsorgane und ihre Überwachungstechnik zu schaffen.

Das Magazin „Sputnik“ aus der Sowjetunion, das die „Glasnost“ – Überlegungen Gorbatschows in der DDR verbreitet, wird aus den Regalen der Zeitungskioske verbannt. Als das Zentralorgan der SED, das „Neue Deutschland“, das Verbot des „Sputnik“ begrüßt, nimmt der Gothaer Lehrer Heinz Scholz in einem Schreiben an das „ND“ schon am 25. November 1988 kritisch dazu Stellung und schließt seinen Brief mit den Worten: „... nach diesem Verbot sehen wir nicht gut aus! Merkt denn niemand, was nötig ist?“

Alle diese Entwicklungen spiegeln sich auch im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltag des Stadt- und Landkreises Gotha wider. Allerdings sind weder in den offiziellen Verlautbarungen noch in der Tagespresse Informationen zu finden, die sich ausdrücklich mit der angespannten Situation beschäftigen. Kritische Einzelpersonen oder Gruppierungen aus dem Bereich der „feindlich-negativen Personenzusammenschlüsse“ hüten sich, schriftliche Zeugnisse ihrer Überlegungen zu hinterlassen. Die Unruhe in der Bevölkerung bleibt den Sicherheitsorganen des Staates nicht verborgen. Sie richten sich auf „demonstrativ-provokatorische Handlungen“ ein. Gemeint sind damit Demonstrationen, vor allem von ausreisewilligen „Antragstellern“. Das Volkspolizeikreisamt (VPKA) und die Kreisdienststelle für Staatssicherheit (KDfS) in Gotha treffen entsprechende Vorkehrungen.

Aus Anweisungen von Erich Mielke an die Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit geht hervor, dass diese möglichst auf den Waffeneinsatz verzichten sollen. Allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt: Solange nicht versucht wird, die Objekte der Staatssicherheit gewaltsam zu besetzen. Vor dem Einsatz von Schusswaffen sollen alle anderen

Möglichkeiten der Auflösung von Demonstrationen genutzt werden: Wasserwerfer, in Gotha extra für die „Behandlung“ von „aufrührerischen Elementen“ produzierte „Normteile“ (Schlagstöcke), Nebelgranaten und die Separation von Rädelsführern mit anschließender „Sonderbehandlung“ in naheliegenden Kellern oder Hausfluren. Für die anschließenden Verhöre im Volkspolizeikreisamt wird am 15. März 1989 seitens der Leiter des Volkspolizeikreisamtes und der Kreisdienststelle für Staatssicherheit ein „Maßnahmeplan zur Gewährleistung von Untersuchungshandlungen gegen größere Personengruppen“ erstellt. Verhörräume, Verhörpersonal, eine Einsatzgruppe mit mindestens zwei Diensthunden, 2 Lastwagen für die Zuführung („denen alle verfügbaren Diensthunde der Diensthundestaffel zuzuordnen sind“) werden ebenso exakt geplant wie „die Versorgung der Einsatzkräfte und weitest möglich der zugeführten Personen“ durch Vereinbarungen mit der Bauarbeiterversorgung und dem VEB Spanplattenwerk (Nachtversorgung)“.

Am 18. Januar 1989 beschließt die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit „Maßnahmen der Zersetzung... feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse“, die für Kreisdienststellen im Umgang mit oppositionellen Kräften verbindlich sind. In ihnen findet sich die ganze Skala menschenverachtender Täuschungen wie die „Verwendung pseudonymer Briefe“, „kompromittierender Fotos“, „Indiskretionen“, „gezielte Verbreitung von Gerüchten“, „Erzeugung hysterischer und anderer depressiver Verhaltensweisen bei Personen, die psychisch relativ leicht zu beeinflussen sind“ und so weiter.

Die Vorbereitungen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 werden auch in Gotha von kritischen Bürgern begleitet. Sie decken zahlreiche Unregelmäßigkeiten auf und zeigen sie an. Die Zahl der Nichtwähler erhöht sich um das Zehnfache. Wie sich später am Runden Tisch herausstellt, werden die Stimmen in den Sonderwahllokalen nicht öffentlich ausgezählt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt aber 66%! Trotz aller Einsprüche liegt das Ergebnis wie gewohnt bei über 98% Ja – Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front.

Als auf dem Tiananmen-Platz („Platz des himmlischen Friedens“) in Peking am 4. Juni 1989 eine Studentendemonstration mit äußerster Brutalität niedergeschlagen wird, stellt sich die Führung der DDR hinter das Vorgehen der chinesischen Führung. Die Volkskammer macht sich verbal die offizielle chinesische Lesart in der Bewertung der Ereignisse zu Eigen.

Der IX. Pädagogische Kongress vom 12. bis 15. Juni 1989 in Potsdam, von dem sich viele kritische Bürger Reformsignale erhofft haben, endet ernüchternd. Angekündigte Reformmaßnahmen bleiben aus, das starre Freund – Feind – Denken in der pädagogischen Konzeption wird bekräftigt, die weitere Militarisierung der pädagogischen Prozesse im gesamten Volksbildungswesen vom Kindergarten bis zu den Hochschulen wird festgeschrieben. Auch aus Gotha waren Eingaben an die Ministerin gesandt worden.

Die offensichtlichen Wahlfälschungen, die Enttäuschung über den Ausgang des Pädagogischen Kongresses und die Äußerungen führender DDR-Politiker zu den Ereignissen in China verstärken die Einsicht, dass das Modell des DDR-Sozialismus nicht reformfähig und zum Scheitern verurteilt ist.

3. Per mutuuum colloquium et consolationem fratrum

In vielen Gemeinden und kirchlichen Kreisen wird weiter intensiv über die Themen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ diskutiert. Sie stammen aus dem „Konziliaren Prozeß“, einer weltweiten Bewegung, die friedliche globale Veränderungen anstrebt. Vorbereitungsmaterialien und offizielle Texte dieses „gemeinsamen Lernweges“ sind in der ganzen Republik verbreitet und helfen den regimekritischen Kräften zu einer gemeinsamen inhaltlichen Ausrichtung.

In der Gemeinde der Augustinerkirche von Gotha läuft seit Mai 1989 ein ungewöhnliches Projekt. Unter dem Thema „gottesdienst leben“² trainieren zunächst 15, später 40 Gemeindeglieder Lebensmöglichkeiten aus ihrem Glauben im Alltag einer sozialistischen Umwelt. Anregungen zu diesem Training kamen aus der Partnergemeinde St. Nicolai in Lemgo. Im „kleinen Grenzverkehr“ treffen sich die Teilnehmer im Konfirmandenheim in Worbis (Eichsfeld). In mehreren Begegnungen loten sie Möglichkeiten und Grenzen der christlichen Veränderungspotentiale im privaten wie gesellschaftlichen Leben aus. Bei diesem Gemeindeaufbaumodell gehen die einzelnen Schritte der lutherischen Gottesdienstordnung jeweils in konkrete Handlungsschritte über, deren Umsetzung wiederum nachprüfbar ist. Dazu einige Beispiele: Die „Anrufung“ erinnert nicht nur an die Taufe, sondern auch an die verbindende Gemeinschaft in der Familie Gottes. Die Eröffnungsformel „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“ wird später zu Beginn eines jeden Friedensgebetes zur Vergewisserung, dass die Versammelten im Machtbereich Gottes geborgen sind und sich nicht vor den dunklen Mächten draußen vor der Kirchentür zu fürchten brauchen. In den Schritten „Sündenbekenntnis“, „Glaubensbekenntnis“ und „Dankopfer“ werden die Folgen aus dem Hören auf Gottes Wort erkennbar: Im „Glaubensbekenntnis“ teilen die Teilnehmer mit, welche Nachricht sie aus dem „Wort“ erreicht hat, im „Dankopfer“ wird festgehalten, wie diese Einsicht in den nächsten Tagen in konkretes Tun umgesetzt werden soll, im „Sündenbekenntnis“ wird bei der nächsten Zusammenkunft mitgeteilt, was von den jeweiligen Vorhaben gelungen oder misslungen ist.

In den „Schmalkaldischen Artikeln“ (III,4) findet sich eine erstaunliche Bemerkung Martin Luthers: „Denn Gott ist reich in seiner Gnade: Erstens durchs mündliche Wort, worin Vergebung der Sünde gepredigt wird in alle Welt, welches das eigentliche Amt des Evangeliums ist. Zum andern durch die Taufe, zum dritten durchs Heilige Sakrament des Altars; zum vierten durch die Kraft der Schlüssel und auch per mutuuum colloquium et consolationem fratrum (durch gegenseitiges Unterreden und Trösten der Brüder), Mt 18, 20: Ubi duo fuerint congregari (wo zwei oder drei versammelt sind) etc.“ Damit setzt er das „gegenseitige Unterreden und das Trösten der Brüder“ dem Wort und den Sakramenten als Funktion des Evangeliums und der Kirche gleich. Welche Folgen das für den Umgang mit Glaubensinhalten hat, wird z.B. in seinem Briefwechsel mit Friedrich Myconius deutlich. Der aus der Schrift gewonnenen und bezeugten Einsicht folgt die praktische Realisation auf dem Fuße. Allein die dichte Aufeinanderfolge der Anschreiben und Antworten, die Vernetzung mit dritten Gesprächspartnern und die schnelle Umsetzung von Einsichten in die Praxis – und das an verschiedenen Orten fast zur gleichen Zeit – geschieht angesichts der damaligen Kommunikationsmöglichkeiten mit atemberaubender Geschwindigkeit. Der englische Sprachphilosoph John Langshaw Austin hat diese „performatorische Konfession“ der „konstatierenden Äußerung“ gegenübergestellt und darauf hingewiesen, dass das lateinische „Credo“ – „Ich glaube“ – sprachwissenschaftlich bedeutet,

² „gottesdienst leben“ ist ein Gemeindeaufbauprojekt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

„eine solche Äußerung zu tun, ist die Handlung vollziehen“. Glauben kann sich also nicht mit dem passiven Konstatieren bescheiden. Jedes Glaubensbekenntnis ist untrennbar mit dem Handeln verbunden. Es gibt kein Erkennen ohne Tätigsein.³

Diese Einsicht steht- bewusst oder unbewusst- hinter den Aktivitäten vieler kirchlicher Gruppen, die sich für die praktische Durchsetzung der Generalthemen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ einsetzen. Ob in örtlichen ökologischen Aktionen wie z.B. einer Baumpflanzung auf dem ehemaligen sowjetischen Übungsgelände am westlichen Stadtrand von Gotha oder gegen die Zerstörung des Volksparks in Gotha – Ost, bei der Gründung einer Umweltbibliothek, in einer überregionalen Veranstaltung „Ärzte für den Frieden“, in Auftritten kritischer Liedermacher und Bands oder eben auch in dem Gemeindeaufbauprojekt „gottesdienst leben“ in der Augustinergemeinde – in jedem Fall steht die Verbindung von Einsicht und Tat im Vordergrund. Eine Episode soll das illustrieren. In einer Zusammenkunft von „gottesdienst leben“ Anfang August 1989 hatte sich der Verfasser in dem Gliederungsteil „Glaubensbekenntnis“ entschlossen, nicht länger einen Umweltschandaal auf dem Augustinerkirchhof hinzunehmen. Trotz vielfacher Beschwerden bei der Stadtwirtschaft füllte sich dort ein großer offener Baucontainer täglich mehr mit Essensresten aus den benachbarten Wohnblöcken, die vor allem von Bauarbeitern und Gastarbeitern bewohnt wurden. In der Augusthitze standen ständig dichte Fliegenschwärme über dem stinkenden Behälter, Spatzen und Ratten suchten sich ihr Futter. An einem Samstagabend befestigte er ein großes Transparent am Uhrturm der Augustinerkirche mit der Parteilosung: „Schöner unsere Dörfer und Städte“ und dem Satz: „Wir danken dem Rat der Stadt für den unübersehbaren Beitrag zur Verbesserung unserer Lebensqualität.“ Die Reaktionen auf diesen bescheidenen Hinweis waren erstaunlich. Als die Gemeinde am anderen Morgen nach dem Gottesdienst aus der Kirche kam, erwartete sie vor der Kirchentür nicht nur der Bürgermeister, sondern auch Vertreter des Rates des Kreises. Alle baten flehentlich darum, das Transparent doch schnellstens zu entfernen. Da keine fahrtüchtigen Müllfahrer am Sonntagmorgen aufzutreiben waren, besorgte einer der Funktionäre selbst den Abtransport des Behälters. Vielleicht verdeutlicht diese kurze Begebenheit den damals durchaus nicht immer leichten Schritt vom Konstatieren zum Handeln.

4. Die Friedensgebete

Inzwischen geben Unzählige die Hoffnung auf Veränderung in der DDR auf. Die „Antragsteller“ werden immer stärker diskriminiert und schikaniert. Durch die Flucht über die Grenzen anderer osteuropäischer Nachbarstaaten versuchen viele von ihnen, den Westen zu erreichen. Im August wird die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag von Ausreiseseuchenden besetzt. Am 11. September 1989 öffnen die ungarischen Behörden die Grenzen nach Österreich und lösen damit eine Massenflucht von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik aus. Die politische Atmosphäre zwischen den beiden deutschen Staaten ist hochgradig geladen.

Am 1. September, dem 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges, findet in der Gothaer Schlosskirche ein ökumenischer Gottesdienst statt. In die Erinnerung an die Schrecken des Krieges mischen sich erneut Sorge und Angst, nun wegen der explosiven Situation in der DDR. Anschließend ziehen die Teilnehmer trotz eines ausdrücklichen Demonstrationsverbots zum Augustinerkloster, um für den Frieden zu beten. Im Kapitelsaal des Augustinerklosters finden seit 1980 die Gebete während der Friedensdekade im November statt. Nun werden sie angesichts der bedrohlichen Situation in der DDR schon im September wieder aufgenommen.

³ vgl. Bernhard Suin de Boutemard: „Projektarbeit in Gemeinden“, Zürich, Köln 1979, S. 52 f.

Der kleine Teilnehmerkreis vergrößert sich von Mal zu Mal. Ende September müssen die Menschen in die Augustinerkirche umziehen, weil der Kreuzgang zu eng wird. Die Initiatoren der Friedensgebete bemühen sich deshalb von Anfang an, vorhandene Gewaltbereitschaft aufzufangen und abzubauen. Der Ruf „keine Gewalt“ richtet sich sowohl an die Sicherheitskräfte als auch an gewaltbereite Demonstranten.

Die Friedensgebete und die anschließende Informationsrunde werden in einem ökumenischen Arbeitskreis, der jeden Freitag im „Grünen Zimmer“ der Superintendentur zusammenkommt, vorbereitet. Ihm gehören neben evangelischen Gemeindegliedern, Mitarbeitern und Pfarrern Pfarrer und Gemeindeglieder der katholischen und der altlutherischen Gemeinden sowie Vertreter des „Neuen Forums“ und des „Demokratischen Aufbruchs“ an.

In den Friedensgebeten kommt zur Sprache, was die Menschen bewegt und was sie gerade erlebt haben. Erstaunlich ist, dass sich viele unter dem Schutz der Kirche aus der Deckung wagen und offen aussprechen, was sie auf dem Herzen haben. So tritt in einem der ersten Friedensgebete ein Mann vor den Steinhäufen, der im Altarraum liegt als Zeichen der Lasten, die die Menschen niederdrücken, nimmt einen Stein in die Hand und legt ihn auf dem Altar ab mit den Worten: Ich habe meine Arbeitskollegen bespitzelt. Das liegt mir wie ein Stein auf der Seele. Ich lege meine Last vor Gott nieder.

Im Friedensgebet vor dem 7. Oktober brennen 40 Kerzen vor dem Altar als Zeichen für die vierzig Jahre, die seit der Gründung der DDR vergangen sind. Nacheinander treten Menschen vor, löschen eine Kerze und sagen, welche Hoffnung in ihnen verloschen ist. Als keine Kerze mehr brennt, treten erneut Menschen vor, zünden nacheinander eine Kerze wieder an und sprechen dabei von ihrer Hoffnung auf Veränderungen.

Eine Woche später berichtet ein junges Mädchen von den Misshandlungen durch Polizei und Stasi, denen sie in Berlin als unbeteiligte Passantin ausgesetzt war. Die Menschen in der völlig überfüllten Kirche und an den Lautsprechern im Kreuzgang folgen mit großer Konzentration und Disziplin allem, was zur Sprache kommt. Sie müssen gebeten werden, den trampelnden Beifall zu unterlassen, um die Emporen nicht zum Einsturz zu bringen.

5. Die Demonstrationen

(Aus einer Aufzeichnung vom 17.11.1989)⁴

.....Am 27. Oktober [...] drängen die Menschen auf die Straße. 4000, 6000, mehr, ziehen durch die Blumenbachstraße, über den Markt, die Bürgeraue, die Gadollastraße zum Rat des Kreises. Von den Häuserwänden des Neubauviertels hallt vielfach wider, was die Menschen rufen: „Wir sind das Volk!“ Menschen rufen zurück von den Balkonen oder folgen den Sprechchören: „Schließt Euch an!“ Das Gebäude des Rates des Kreises ist dunkel. Die Einsatzfahrzeuge der Polizei warten verborgen in den Seitenstraßen. Die Demonstranten rufen nach einem Vertreter der Staatsmacht. Diese schweigt. Nur ein Mitglied des Rates⁵ (für Umweltfragen) bemüht sich schließlich, die Massen zu beschwichtigen. Ihm werden Fragen wegen der katastrophalen Situation der Gothaer Kläranlage gestellt. Als er zugeben muß, daß mit einer Abänderung nicht vor Ablauf eines halben Jahrzehnts gerechnet werden kann, es sei denn, die Bürger würden selbst mit zugreifen, brandet der Ruf hoch: „Stasi in die Kläranlage!“ Weil nach wie vor die Tür verschlossen bleibt, die Verständigung mit den sich mehr erregenden Demonstranten nicht möglich ist, holen Jugendliche aus der Augustinerkirche die bescheidene Verstärkeranlage. Aus

⁴ Aus: Eckardt Hoffmann: „Niemand konnte sie auslöschen“. Die friedliche Revolution im Herbst 1989 in Gotha. Originaldokumente der Wende. Die Protokolle des Runden Tisches. 352 S., Gotha 2001, S. 66 f.

⁵ Ingbert Reichel

den Nachbarhäusern werden über die Köpfe hinweg Verlängerungskabel gereicht. Endlich funktioniert die Anlage. Die Gespräche werden heftiger. Plötzlich öffnet sich die Tür. Neben die Vertreter der Kirche, die inzwischen die Gesprächsleitung übernommen haben, stellt sich, sichtlich erschrocken, der Vorsitzende des Rates des Kreises.⁶ Gellende Pfiffe empfangen ihn. Es gelingt, ihm das Wort zu geben. Die Demonstranten fordern einen Versammlungsplatz für eine Großdemonstration. Das Stadion zum Beispiel. Der Ratsvorsitzende geht in das Gebäude zurück, da er nicht befugt sei, das Stadion zu vergeben. Der Bürgermeister ist nicht zu erreichen. Inzwischen entscheidet sich die Volksmeinung für den Hauptmarkt als d e n Versammlungsort. Der Vorsitzende will sich auf keinen Fall auf diesen Vorschlag einlassen. Wieder endlose Telefonate. Absage. Die Stimmung wird immer gereizter. Plötzlich wird der Vorsitzende ins Haus zurückgezogen. Wenig später erscheint er wieder: "Die Staatsorgane sind einverstanden, daß am Sonntag, 14.00 Uhr, auf dem Hauptmarkt eine Großkundgebung stattfindet". Die Demonstranten jubeln,..... nennen die Namen derer, die Rede und Antwort stehen sollen: Kreissekretär der SED, Ratsvorsitzender, Stellvertreter, Bürgermeister, Stadträte, Gewerkschaftsvorsitzende, Kreisschulrätin, Wohnungsamt, Volkspolizei, Staatssicherheit." Ein Teil der Gothaer Gruppe „gottesdienst leben“ trifft sich währenddessen vom 27. bis 29. Oktober mit den westdeutschen Partnern in Worbis. Andere stoßen spätabends direkt vom Friedensgebet und der ersten Demonstration in Gotha kommend, dazu. Heidi Kallinich und Superintendent E. Hoffmann müssen am Sonntag vorzeitig aufbrechen, um rechtzeitig zu der öffentlichen Aussprache auf dem Hauptmarkt zurück zu sein, die nach dem Willen der Demonstranten durch den Superintendenten moderiert werden soll. Bei der Ankunft in Gotha stellt sich heraus, dass der Rat des Kreises Josef Duchac (CDU)⁷ als weiteren Moderator bestimmt hat.

Am Nachmittag des 29. Oktober 1989 sind um 14.00 Uhr weit über 20.000 Bürger auf dem Hauptmarkt versammelt. In einer teilweise leidenschaftlich geführten Diskussion melden sich 42 Bürger zu Wort. Als sich beim bekannt werden der Observierung der Veranstaltung durch die Sicherheitsorgane Hunderte Menschen in Bewegung setzen, um das Cranachhaus, das „Haus der Dienste“ zu stürmen, wird die Situation gefährlich. Tatsächlich befinden sich in dem Gebäude Offiziere und Mitarbeiter des VPKA und der Kreisstelle des MfS. Nur mit Mühe gelingt es Kirchenvertretern, eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern.

Der ersten freien Meinungskundgebung der Bevölkerung nach Jahrzehnten folgen in den nächsten Wochen jeden Freitagabend weitere Demonstrationen. Nach dem Friedensgebet ziehen die Menschen zu den Schaltstellen der Macht, um die Auseinandersetzung mit deren Funktionären zu suchen. Den Demonstranten, die aus der Augustinerkirche und ihrem Umfeld (Klosterplatz, Kreuzgang) kommen, schließen sich zahlreiche andere an, zum Teil auch nicht in friedlicher Absicht. So kommt es während der zweiten Demonstration am 6. November vor dem Gewerkschaftshaus „Zum Mohren“ zu einer gefährlichen Situation. Ob aus Panik oder böswillig kappen Mitarbeiter im Gewerkschaftshaus die Stromversorgung für die Lautsprecheranlage und damit die akustische Verbindung zu den weiter hinten stehenden Demonstranten. Diese drücken die vor ihnen Stehenden mit Gewalt auf das Haus und die davor stehenden Funktionäre und Moderatoren zu, so dass die Schutzzone zwischen diesen und den Demonstranten nicht mehr gegeben ist. Nur mit letzter „Stimmgewalt“ können sie zurückgehalten werden.

Am Rand der Friedensgebete bilden sich spontan Arbeitsgruppen, die sich mit den dringendsten Problemen in der DDR befassen. Erziehung, Reisefreiheit, Demokratie, Wirtschaftsreform sind die Themen, die diskutiert werden. Die wenigen schriftlichen Zeugnisse dieser Gruppen spiegeln

⁶ Wolfgang Schädel

⁷ Ratsmitglied. Nach der Wende erster Ministerpräsident des Freistaates Thüringen.

das Ringen um die nötigen Veränderungen wider.

Wie in anderen Städten der DDR entstehen in diesen Wochen neue politische Vereinigungen und Gruppierungen. Unter dem Dach der Augustinerkirche gehen fast alle von ihnen ihre ersten Schritte: Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, SPD.

Am 24. November 1989 wird das Bürgerkomitee gegründet. Ihm gehören 26 Mitglieder an. Sie kommen aus den verschiedenen Reformgruppierungen und den neuen Parteien, die sich inzwischen gebildet haben. In der Judenstraße wird ein Büro eingerichtet, das sich mit den brennendsten Belangen der Bürger beschäftigt. Die Mitglieder des Bürgerkomitees sind vor allem bemüht, Korruption und Amtsmissbrauch aufzudecken und zu beenden. In wöchentlichen Sitzungen und Sprechstunden werden zahllose Einzelfälle behandelt, Bürger beraten, Anzeigen geprüft und später wichtige Beiträge für den „Runden Tisch“ erarbeitet. Das Bürgerkomitee arbeitet an der Entwicklung demokratischer Strukturen, sammelt Informationen und gibt sie weiter. Das ist wichtig, weil die Tagespresse noch immer nicht ausreichend berichtet. Bei der Auflösung der Kreisstelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gelingt es den Mitgliedern des Bürgerkomitees mit den Vertretern der Kirche, die dramatischen Vorgänge unter Kontrolle zu behalten und unabsehbare Folgen abzuwenden. Aus Teilen des Bürgerkomitees geht später die „Freie Wählergemeinschaft“ hervor.

Auf der 12. Tagung der Volkskammer (17./18.11.1989) wird das Ministerium für Staatssicherheit in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt. In Rostock und Gera fordern die Demonstranten am 30. November 1989 die völlige Auflösung des Staatssicherheitsdienstes. Unterlagen der Kreisstellen Eisenach und Nordhausen beweisen, dass im Hintergrund fieberhaft am Umbau und der Neuformierung des AfNS gearbeitet wird. In ihnen wird auch der Kreisstelle in Gotha ein neues Profil zugewiesen. Die Überwachung kirchlicher und oppositioneller Gruppierungen geht unverändert weiter. Ein Fernschreiben aus Gera von Mitarbeitern des dortigen „AfNS“ zeigt deutlich, dass das frühere Ministerium um jeden Preis verteidigt werden soll. Daneben werden die hektischen Bemühungen um die Vernichtung geheimer Unterlagen und die Sicherung der Dienststellen fortgesetzt.

Als am 4. Dezember 1989 aus Erfurt Informationen kommen, dass die dortige Stasizentrale wegen des Verdachts der Aktenvernichtung besetzt worden sei, kommt es auch vor dem Gebäude der örtlichen Kreisstelle zu einem Menschauflauf. Auf Anraten von Rechtsanwalt Schwanitz, dem Vater des späteren Staatsministers in der Bundesregierung, wird ein Staatsanwalt gesucht, um die staatsanwaltliche Öffnung des Gebäudes wegen des Verdachts auf Urkundenvernichtung durchzusetzen. Tatsächlich kann ein Staatsanwalt, Herr Patzelt, telefonisch erreicht werden. Er fordert nach seiner Ankunft die Öffnung des scheinbar menschenleeren Gebäudes, was nach längerem Warten auch geschieht. Die Mitglieder des Bürgerkomitees erwartet ein gespenstischer Anblick. Die Räume sind in einem chaotischen, verwahrlosten Zustand. Überall häufen sich Papierschnipsel vor den Aktenvernichtungsgeräten. In einem Raum sind wie für eine Weihnachtsbescherung die Ehrengaben für eine Auszeichnung verdienstvoller Stasimitarbeiter auf einem Tisch aufgebaut. Als die Stahltür der Waffenkammer endlich geöffnet wird, zeigt sich, dass die Dienststelle bis hin zu schwereren Waffen hoch gerüstet ist. Was sie an diesem Abend noch nicht wissen: Die diensthabenden Mitarbeiter der Kreisstelle haben sich geweigert, den erteilten Schießbefehl auf die Demonstranten auszuführen. Der Staatsanwalt versiegelt alle Tresore und die Waffenkammer. Mitglieder des Bürgerkomitees übernehmen für die Nacht die Bewachung des Objekts. In der Nacht wird der ständige Telefonkontakt zu ihnen plötzlich unterbrochen. Am anderen Morgen erscheinen vor den erschrockenen Nachtwachen die Mitarbeiter der Dienststelle, mit Frühstück und Pistole bewaffnet, zum Dienst, als hätten sie von den Ereignissen am Vorabend nichts gehört. Sie werden, ohne Widerstand zu leisten, im Warteraum des Eingangsbereichs festgesetzt.

An diesem Tag eskaliert die Situation, weil sich der Zorn der Demonstranten massiv gegen die im Gebäude anwesenden Mitarbeiter der Kreisstele zu richten droht. In einer stundenlangen Moderation gelingt es den Sprechern der Bürgerbewegung, die Demonstranten zu beruhigen. Die Stasimitarbeiter und die Waffen der Dienststelle werden auf Lastwagen der VP abtransportiert. Frauen des Bürgerkomitees begleiten den Transport als „lebende Schutzschilde“.⁸

6. Der Runde Tisch und weitere kommunalpolitische Entwicklung bis zu den Kommunalwahlen 1990

Mit der Entmachtung von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 und dem ihr folgenden Rücktritt der meisten führenden Parteifunktionäre und schließlich des gesamten Ministerrats am 7. November 1989 ist das vorläufige Ende des bisherigen Machtapparats gekommen. Nach der durch eine missverständliche Äußerung Günter Schabowskis überstürzten Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 verlassen täglich zehntausend Menschen die DDR. Am 22. November 1989 gibt das SED–Politbüro dem Drängen der Bürgerbewegung nach einem zentralen „Runden Tisch“ nach. Am 3. Dezember 1989 erklären ZK und Politbüro der SED geschlossen den Rücktritt. Honecker, Stoph, Sindermann, Mielke und Tisch werden aus der SED ausgeschlossen. Am 7. Dezember 1989 trifft sich der „Runde Tisch“ in Berlin zu seiner ersten Sitzung. Die Krise des Staats- und Parteiapparats schlägt sich natürlich auch an der Basis nieder. Nach der Rücktrittserklärung von Mitgliedern des Rates des Kreises, tritt am 5. Dezember 1989 die Kreisleitung Gotha der SED geschlossen zurück. Ihr folgt am 7. Dezember 1989 der Rat der Stadt Gotha. Die staatlichen Organe sind nach außen und innen vielfach nicht mehr handlungsfähig.

In Gotha wird ebenfalls am 7. Dezember 1989 zu einem „Runden Tisch“ eingeladen. Per Telefon wird aus Berlin die dortige Geschäftsordnung beschafft. Sie wird in wesentlichen Teilen dann auch in Gotha angewandt. Am 13. Dezember 1989 trifft sich der „Runde Tisch“ im Gemeindehaus „Versöhnungskirche“ zu seiner ersten Sitzung. Neben der Bürgerbewegung sind praktisch alle bisherigen staatlichen Ebenen, die meisten gesellschaftlichen Organisationen, alte und neue Parteien vertreten. Die Themen werden entweder aus der Bevölkerung direkt, aus dem Bürgerkomitee oder durch Mitglieder des „Runden Tisches“ eingebracht. Die Sitzungen finden in der Regel mittwochs statt und erstrecken sich über mehrere Stunden. Der Umgang mit einer Geschäftsordnung ist für viele Teilnehmer zunächst ungewohnt. Ihre konsequente Anwendung erweist sich aber bald als hilfreich. In insgesamt 19 Sitzungen wird die Zeitspanne bis zur ersten demokratischen Wahl der Volkskammer und der kommunalen Organe seit 1946 überbrückt. Über die Sitzungen werden Protokolle geführt. Sie spiegeln die Spannung zwischen den Vertretern des bisherigen Machtapparats und der Bürgerbewegung wider. Sie sind aber auch ein Zeugnis für einen beginnenden Dialog in einer vorher praktisch „sprachlosen“ Situation.

„Der kostbare Schatz der Protokolle des Runden Tisches lässt den Leser an demokratisierenden Lernvorgängen teilnehmen, die konkrete Probleme realistisch, manchmal konfrontativ, immer situationsnah behandeln und um Ideologiefreiheit bemüht sind. Vergleicht man diese alltagsbezogenen, lebensweltlich kompetenten Aufzeichnungen, die Überlebensnotwendiges regeln und demokratische Strukturen sichern wollten, mit dem Wortlaut des Grundlagenvertrages, dann fällt einem der Unterschied zwischen der „Demokratie von unten“ und der staatlich gelenkten Demokratie auf - und man versteht manche Etappen der Entwicklung bis heute“.⁹

⁸ Uta Dehmel und Bärbel Schreyer.

⁹ D. Stoodt in: „Deutsches Pfarrerblatt“, Heft 7, 2002, S. 324-325 über „Niemand konnte sie auslöschen“ – Die friedliche Revolution im Herbst 1989 in Gotha (s. Anmerkung 4).

Die Ehrlichkeit des Bemühens der Teilnehmer am „Runden Tisch“ dürfte subjektiv unterschiedlich einzuschätzen sein. Am „Runden Tisch“ kommen fast alle aktuellen Themen der Monate Dezember (1989) bis Mai (1990) in Stadt- und Landkreis Gotha zur Sprache.

Die wichtigsten seien im Folgenden genannt: Die Unruhe unter Lehrern und Schülern wegen der Kritik am bisherigen Schulsystem; die Entwaffnung und Entfernung der Kampfgruppen aus den Betrieben; desgleichen der SED; Zustände im Gesundheitswesen; ökologische Problematik, vor allem Stichwort „Kläranlage“; Müllabfuhr; kommunale Stabilität nach dem Rücktritt verschiedener Staatsfunktionäre; Innere Sicherheit; Eigenverantwortlichkeit der Betriebe in der Region; Verwaltungsreform; wirtschaftliche Lage; Vorbereitung von freien Wahlen; Wiedervereinigung. Die personelle Abwicklung des Amtes für Nationale Sicherheit und die Enttarnung konspirativer Objekte und der Abhörtechnik im Hauptpostamt nehmen in den Beratungen einen breiten Raum ein. Ähnliches gilt für den Verdacht auf Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen 1989 und Vernichtung von Wahlunterlagen im Rathaus. Ausführlich wird auch über zahlreiche Detailprobleme zum Thema „Gebäudewirtschaft, Wohnungen und Liegenschaftsverwaltung“ beraten.

Am 24. Januar 1990 tritt auch der Bürgermeister von Gotha, Harald Taubenrauch, zurück.

Die Mitglieder der Bürgerbewegung beteiligen sich intensiv an der Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer und der Kommunalwahlen. Die Volkskammerwahlen bringen in Stadt- und Landkreis eine Mehrheit für die „Allianz für Deutschland“. Die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 schaffen ein Jahr nach den letzten Kommunalwahlen in der DDR die Voraussetzungen für neue demokratische Strukturen in den örtlichen Parlamenten und Verwaltungen. Die wöchentlichen Friedensgebete am Freitagabend in der Augustinerkirche und die anschließenden Demonstrationen werden bis zum 16. Februar 1990 fortgeführt.

Mit der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 1990, gut ein Jahr nach den letzten gefälschten Kommunalwahlen in der DDR, schließt das Geschichtskapitel, das wir heute „Wende“ nennen oder „friedliche Revolution“ oder, theologisch gesprochen: der Kairos, die einmalige Chance zur Veränderung. Ganz gleich, wie wir diese für die Betroffenen unvergessliche Zeit heute nach fast 20 Jahren beurteilen – in ihr wehte etwas von dem Geist der Tröstung und gegenseitigen Ermunterung, den Martin Luther neben dem Wort und den Sakramenten als Grundfunktion des Evangeliums und der Kirche erkannte - und den schon Augustinus, der Namenspatron des Augustinerklosters, in seinen Bekenntnissen (IV,8) beschwor:

MITEINANDER REDEN UND LACHEN, SICH GEGENSEITIG GEFÄLLIGKEITEN ERWEISEN, ZUSAMMEN SCHÖNE BÜCHER LESEN, SICH NECKEN, DABEI ABER AUCH EINANDER SICH ACHTUNG ERWEISEN, MITUNTER SICH AUCH STREITEN OHNE HASS, WIE MAN ES WOHL AUCH EINMAL MIT SICH SELBST TUT, MANCHMAL AUCH IN DEN MEINUNGEN AUSEINANDERGEHEN UND DAMIT DIE EINTRACHT WÜRZEN, EINANDER BELEHREN UND VONEINANDER LERNEN, DIE ABWESENDEN SCHMERZLICH VERMISSEN, DIE ANKOMMENDEN FREUDIG BEGRÜSSEN, LAUTER ZEICHEN DER LIEBE UND GEGENLIEBE, DIE AUS DEM HERZEN KOMMEN, SICH ÄUSSERN IN MIENE, WORT UND TAUSEND FREUNDLICHEN GESTEN UND WIE ZÜNDSTOFF DEN

GEIST IN GEMEINSAMKEIT ENTFLAMMEN, SO DASS AUS DEN VIELEN EINE
EINHEIT WIRD.